

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

211 (11.9.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Kräger zugesandt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Bismarckstraße 24.
Telefon: Nr. 123. — Postzeitungsstelle: Nr. 2144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Weitere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 211. Erstes Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 11. September 1907.

27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Zum Essener Parteitag.

Von Otto Gué.
(Schluß.)

Genosse Gué betont sodann, daß unsere Presse ihre Polemik so einrichten müsse, daß sie den „entschiedenen Liberalismus“ nicht abscheue, sondern ihm das Widersprechende ermöglicht. Zutreffend habe der Vorwärts geschrieben:

„Wir fürchten ... nicht nur nicht, sondern wünschen aus Helles, daß der Liberalismus seine Versprechen wahr macht und für das Wahlrecht kämpft! Wir halten es für durchaus möglich, daß der „entschiedene Liberalismus“ dabei erzärtet. Wir fürchten das umso weniger, als wir meinen, daß dieses Erkranken des Liberalismus nicht auf Kosten der Sozialdemokratie erfolgen wird, da sie sich schwerlich an Mut und Entschiedenheit in diesem Kampfe wird übertrumpfen lassen. Wir fürchten so wenig die Konkurrenz, daß wir glauben, gar nicht genug Konkurrenz haben zu können. Wir hoffen ja sogar, auch noch die widerstrebenden Liberalen zur Teilnahme zwingen zu können, wobei uns das Berliner Tageblatt und die übrige Pressenpresse nur unterstützen soll! Wenn der Liberalismus erkränkt, so kann er das und wird er das vielleicht auf Kosten der „minder entschiedenen“ Liberalen und der untertappten Reaktionäre. Auch das ist uns durchaus erwünscht, da dadurch die Möglichkeit einer stetigen politischen Weiterentwicklung wünschenswerter wird.“

Bei der Bewegung für die Wahlrechtsreform könne, wie Gué hervorhebt, nichts herauskommen, wenn die aufeinander angewiesenen Parteien das trennende Wasser noch tiefer graben? Selbstverständlich gilt das auch hinsichtlich der Schreibweise der meisten freisinnig-liberalen Blätter. Mit Freuden sei es zu begrüßen, daß der Vorwärts die Möglichkeit und Möglichkeit einer sozialdemokratisch-freisinnig-liberal-demokratischen Koalition zwecks Zurückdrängung der konservativ-meritalen Reaktion ausdrücklich betont. Und ein Wort zur rechten Zeit war die am 11. August auf der Parteikonferenz in Groß-Berlin von unserem Parteivorstandigen Singer abgegebene Erklärung:

„Der sozialdemokratische Parteivorstand ist fest entschlossen, bürgerliche Parteien, die ehrlich und entschieden in den Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den preussischen Landtagswahlen eintreten, hierbei mit allen Kräften zu unterstützen.“

Dem Beifall, den die Berliner Parteigenossen dieser hochwichtigen Erklärung zollten, werden sich die Parteigenossen in ganz Deutschland anschließen.

Aus dieser Auffassung müssen aber auch nach der Ansicht Gués die politischen und tatsächlichen Konsequenzen gezogen werden. „Gesetzt den Fall“ — schreibt Gué — „ein besseres Wahlrecht wird in Preußen erkämpft, wie verhält es sich dann mit der von einflussreichen Parteigruppen getriebenen, unsere Beteiligung am Parlamentarismus hauptsächlich der Nation wegen, gewissermaßen als ein notwendiges Übel zu charakterisieren? Wozu einen opfervollen Kampf um das Wahlrecht, wenn wir es bestenfalls nur zu „Demonstrationen“ benutzen sollen? Wenn unsere zukünftigen Vertreter im preussischen Landtag so handeln sollen, daß sie mehr den Willen der „Anarchosozialisten“ Rechnung tragen, als der Notwendigkeit, zugunsten des arbeitenden Volkes direkten politischen Einfluß zu gewinnen, wozu denn erst in den schweren Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht eintreten? Um der Agitation willen? Dazu brauchen wir die preussische Landtagsabstimmung nicht. Die Tätigkeit unserer Parlamentarier ist von einem Teil unserer Presse wiederholt sehr erschwert worden, die ohne Rücksicht auf die derzeitige Situation ihnen „prinzipielle Entgegnungen“ vorwarf. Wo soll nicht liberal das „Prinzip“ verlegt werden sein! Wieviel erlärte in der Staatsdebatte 1904, im Falle einer Verkörperung unserer Grenzen, sind wir bis zum letzten Mann, und selbst die Ältesten unter uns, bereit, die Spitze auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen.“ Wegen dieser Worte, die ich vollständig unterschreibe, ist Gué als „Militarist“ gekennzeichnet worden. Man kann daher nicht ohne Grund betonen: Nationalbewußtsein — nicht Nationalismus — ist nicht antisozialdemokratisch. Wer auch nur den Anschein erweckt, daß es anders wäre, treibt dem Sozialdemokratismus Wasser auf die Mühle.“

„Was die Kolonialpolitik anlangt, so hat Genosse Webel in seiner Reichstagsrede am 3. Dezember 1906 die Bereitwilligkeit der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen, eine von humanitären, zivilisatorischen Geistes getragene Kolonialpolitik zu unterstützen. Auch darin hat man mittlerweile einen Verstoß gegen das „Prinzip“ entdeckt. Wohl des Prinzips, alles in Kauf und Wogen abzurufen? Das führt allerdings konsequent zum anarchischen Antiparlamentarismus. Webers Worten hat kein Fraktionskollege widersprochen; sie waren korrekt. Würde nur demgemäß stets die Kolonialpolitik von allen unseren Parteigruppen behandelt worden sein, den Kolonialfanatikern wäre es nicht so leicht geworden, den Wählern die Ablehnung der Regierungsforderung vom 13. Dezember 1906 als eine „nationale Schmach“ zu denunzieren.“

„In der Handelspolitik kamen wir glücklicherweise, daß die weitesten Kreise der Parteigenossen jetzt der Ansicht sind, die Sozialdemokratie sei prinzipiell gegen jeden Schutz Zoll. Man soll nur hören, wie in Parteiverfassungen über unsere „prinzipielle“ Stellung zu Freihandel oder Schutz Zoll referiert wird! Danach wären wir prinzipielle Freihändler, und wer anderer Meinung ist, der gilt nicht mehr als voll. Nun wird aber niemand aus den Reihen unserer anerkannten Theoretiker nachweisen können, daß wir prinzipiell

Freihändler sein müssen. In den ersten parlamentarischen Kämpfen um den Schutz Zoll haben unsere Parteigenossen darüber keinen Zweifel gelassen. Schwieger erklärte in der 9. Sitzung der Reichstagsession 1870, die „vorzeitige Aufhebung eines Schutz Zolls“ könne die Industrie lähmen, den Arbeiter schädigen. Liebfried sagte am 22. November 1876 im Reichstag, ein Zoll, der die Arbeiter vor ausländischer Schmutzkonkurrenz (Neuen jeglicher Arbeiterschutzeinrichtung in dem Konkurrenzlande) schütze, wäre „unangenehm gerechtfertigt“ und „der Unterstützung eines jeden Sozialdemokraten gewiß“. In gleichem Sinne sprach Brauns am 28. April 1877 und Webel am 5. Juli 1879. In der Parteitagresolution von Gotha (1876) heißt es, daß die Frage, ob Schutz Zoll oder nicht, eine praktische Frage sei, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß.“ Gätten unsere Parteiliten und unsere Parteireferenten liberal und konsequent diese Haltung angenommen, kein Parteigenosse wäre dann wegen einer bedingt schuldlosen Auslassung des „Parteiliberals“ verurteilt worden, unsere Position gegenüber den hochschulmännlichen Monopolisten und ihren konservativ-liberalen Helfern wäre eine bessere, der breiten Masse verständlicher gewesen. Wir haben 1907 gesehen, daß trotz der Lebensmittelvermehrung die Wirkung der Hölle und Grenzsperrre sogar Hunderttausende von Arbeitern gegen uns stimmten. Ueber dieses Faktum dürfen wir nicht hinwegsehen.“

„Und dann hat der religiöse Terror vor allen Dingen den Merkmalen die Wählermassen zugebrannt. Webel und Bollmer haben auf dem Parteitag in München die freireligiösen Extrabandagen des Eigenen wieder zurückgewiesen, weil nicht in dem Rahmen unserer Partei zulässig. Die Leipziger Volkszeitung hat kürzlich den Versuch der Germania, den Paderbacher „Monistenbund“ zur sozialdemokratischen Partei zu stampeln, energisch abgewiesen. Trotzdem gefallen sich nicht wenige Parteigenossen in dem Glauben, die sozialdemokratische Partei mit irgendwelchen antireligiösen Bestrebungen zu identifizieren. Dagegen muß energisch Verwahrung eingelegt werden. Daß die ehemaligen oder noch aktiven Geistlichen, Büchler, Mühlhans, Ten Weint, Göhrer usw. ihr religiöses Bekenntnis ohne Gefährdung für die sozialdemokratische Parteigehörigkeit vereinbaren können, registriert die Parteipresse mit Genugtuung. Ganz richtig wird daraus gefolgert: Also kann ein gläubiger Christ auch Sozialdemokrat sein! Warum soll es gebildet werden, die Partei mit antireligiösen Extrabandagen zu belasten? Warum den auch nach sozialer Besserung strebenden, religiös gesinnten Massen den Lebergang zu uns unangenehm machen? Gaben wir nicht schon eine riesenarbeit zu leisten, wenn wir die Massen zu einer höheren Auffassung ihrer wirtschaftspolitischen Mission erziehen? Warum neue Erschwerungen? So wenig, wie Atheismus identisch ist mit Sozialismus, ebenso wenig ist der Gottesglaube unvereinbar mit sozialdemokratischem Bekenntnis.“

Gué bespricht dann die Reichspolitik, die zugleich im Zeichen des konservativ-liberalen Blods stehe. Dem Zentrum sei es in dieser Situation am wohlsten. Die Reichsfinanzände, die angehängten neuen Steuern sind die Folgen der unter Führung des Zentrums von 1890 bis 1906 hinaufgetriebenen ungeheuren Mehrausgaben. Kann dem Zentrum Angenehmer passieren, als nun die freisinnig-liberalen Parteigruppen im Blod für die Deckung der Zentrumschulden sorgen zu lassen? Eifrig ist die Zentrumspresse dabei, die Reichsfinanzlage grau in grau zu malen, das Volk schwarz zu machen gegen neue Steuern, die Freisinnigen als Regierungsschuttruppe zu denunzieren. Wer die Vorgänge kennt, ersieht aus der raffinierten Zentrumsstatistik, wessen diese Partei fähig ist. Das Zentrum hat alles Interesse daran, den Blod wenigstens so lange für die Regierung arbeiten zu lassen, bis er die durch die Zentrumsmißwirtschaft bringende gewundene Mehrbesteuerung des Volkes durchgeführt hat. Ist der freisinnig-liberale Blodfänger dadurch genügend in den Augen des Volkes kompromittiert, dann wird sich auch im Reichstag die konservativ-liberale Wölfling dolierehen, wie im preussischen Landtag dieses Frühjahr in Sachen der Beamtengehälterzulagen. Wer mit dem Volke Fühlung hat, weiß, wie unpopulär die angehängten neuen Steuern dort sind. Dem Zentrum konnte gar kein besserer Gefallen getan werden, als es gerade jetzt in die „Opposition“ zu drängen.“

„Gefügt es dem Freisinn nicht, handgreifliche Gegenleistungen für seine Mitarbeit im Blod den Wählern zu präsentieren, dann droht ihm bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen ein Desastre. Darauf arbeitet das Zentrum systematisch hin. Das Schicksal des Blods sei untrennbar mit der Wahlrechtsfrage verbunden. Und da sich erst recht unsere Partei nicht nehmen lassen wird, die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt der politischen Erörterung im Lande zu stellen, so werden schon durch uns die freisinnig-liberalen Wähler mit in die Wahlrechtsbewegung gerissen. Von langem Ginzichen der Entscheidung kann keine Rede mehr sein. Mit dem „Denken“ des Reichstagslers werden sich die ausgearteten Gegner des Dreiklassenwahlrechts — dazu gehören vor allen Dingen die Arbeiter, gleichgültig, in welchem Lager sie jetzt stehen! — nicht mehr begnügen. Weil der freisinnig-liberale Flügel im Blod das Jünglein an der Parteispitze, würde sein Abschwenden in das regierungsoptionelle Lager das Ende des Blods, das Ende der Mehrheit vom 25. Januar und 5. Februar 1907 bedeuten. Was dann? Reichstagsauflösung? Oder Einlöschung des nach der Regierungsjahre unter allen Umständen sich schneidenden aristokratischen Zentrums teiles in den Blod, also Auseinanderfallen des Zentrums? Ob so oder so, in beiden Fällen können die linksliberalen Parteien und die Sozialdemokraten nur gewinnen, wenn sie gemeinsam an das innerpolitische Reformen legende Volk appellieren. Daß dieser Appell ein Echo von ungezählten Stücken haben, die Karole „Für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht aus in Preußen! bis tief hinein in die Kolonnen der noch dem Zentrum anhängenden katholischen Arbeiter aufsteigend

wirken würde, darüber bin ich nicht im Zweifel. Ich weiß, wie es dort gärt.“

„Verteilen wir uns vor! In Essen müssen Hugel Worte von Gewicht gesprochen werden, die denen entsprechen, die unser Parteigenosse Singer in der Parteikonferenz von Groß-Berlin sprach. Zusammenfassen der freireligiösen Staatsbürger, seine Einengungspolitik, Ausbreitung der Kampffront, eine Politik, die uns Freunde und Bundesgenossen wirbt: so muß der Parteitag entscheiden. In Essen haben vor dreißig Jahren die katholischen Arbeiter einen ihrer Klassen-genossen zum Siege über die Zentrumskorruption verholfen. Ein Sieg der Demokratie über die Privilegierten. Historiker haben ihn es, den unsere Parteitagdelegierten betreten, es lobten da schon heisse Kämpfe um die Volkemangipation. Wie glücklich wären wir, wenn in der Parteikonferenz Essen eine Parole ausgegeben würde, die ungewidrig die Schlußlinie aller Freireligiösen und formierte gegen Konservatismus und Merkantilismus!“

Politische Ueberblick.

Jungliberalen.

Die Jungliberalen tun der Welt kund und zu wissen, daß sie schon wieder um ein Jahr älter geworden sind. Voriges Jahr zu Hannover ging auf ihrem Verbandstag noch gleiches hoch her: den Alten wurden wegen ihrer Zustimmung zur preussischen Konfessionsreform und zur reichsdeutschen Steuerreform die Beulen gelesen und eine Resolution angenommen, welche besagte:

„Das Reichstagswahlrecht hat sich bewährt und entspricht dem heutigen geistigen und materiellen Kulturstand unseres Volkes. Die nationalliberale Jugend tritt für die Unantastbarkeit des Reichstagswahlrechts ein, sie fordert grundsätzlich keine Einführung in den Einzelstaaten und wird jede Wahlrechtsverbesserung in den Einzelstaaten, die dem Ziele des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts näher führt, begrüßen.“

Auf ihrer diesjährigen Tagung in Kaiserslautern, die am 7. und 8. September stattfand, hätten die Jungliberalen die beste Gelegenheit gehabt, ihrem angeblichen „Ziel“ beträchtlich näherzukommen. Denn ihre Partei, die nationalliberale Partei ist es, die das größte Hindernis für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bildet. Würde sich die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses zum angeblichen Ziel der Jungliberalen bekennen, dann bestünde jetzt schon im Abgeordnetenhause eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht, und diese Mehrheit würde sich voraussichtlich bei den nächsten Landtagswahlen noch beträchtlich vergrößern.“

Die Nationalliberalen aber wollen vom gleichen Wahlrecht nichts wissen; sie verlangen in dem Antrag, der dem Abgeordnetenhause vorliegt, nicht das gleiche sondern das Pluralwahlrecht. Hier eingegriffen, wäre die Pflicht der Jungliberalen gewesen. Wenn ihre Resolution von Hannover nur halbwegs ernst gemeint wäre. Wer was hat der jungliberale Verbandstag in Kaiserslautern getan? Er hat sich an dieser Frage, der brennendsten politischen Frage Deutschlands, einfach vorbeigedrückt. Während das nationalliberale Alter gegen das gleiche Recht zum Kopfstoß ausholt, verhält sich die nationalliberale Jugend schweigend ihr Haupt.

„Mehr als das! Sie huldt dem Verdächtern des Rechts. Mit einem Hoch auf die nationalliberale Partei ging der Verbandstag auseinander, auf dem — ganz anders als in Hannover — keine Stimme der Kritik über das Verhalten der preussischen Landtagsfraktion laut geworden war. Was kann es unter diesen Umständen bedeuten, daß eine Resolution zur Reichsfinanzreform angenommen wurde, die eine Reichseinkommensteuer und Reichserbschaftsteuer auf der Ehegatten und Verwandten verlangt? Wenn die nationalliberale Landtagsfraktion das Gegenteil davon beschließt, braucht sie eines jungliberalen Hofdruss nicht weniger gewiß zu sein, als die preussische Landtagsfraktion! Und überdies gestützt ihr die jungliberale Resolution auch die Einführung indirekter Steuern auf „entbehrliche Genussmittel“. Von dieser Erlaubnis wird sie ausgiebigen Gebrauch machen.“

Soll man nicht bösen Willen vermuten, so lasse man die Haltung der Jungliberalen nur aus der historischen Unfähigkeit des deutschen Bürgerturns erklären. Die Jungliberalen sind die Vertreter einer Partei, die in allen Fragen des Liberalismus genau das Gegenteil ist, was augenblicklich jungliberale Program ist. Hauptache ist, daß der Handel vorteilhaft ist für beide Teile. Die Jungliberalen verpersen sich durch ihre platonischen Freisinnereklärungen nicht die Aussicht auf ein angenehmes nationalliberales Alter, die Allliberalen aber dürfen dafür den demagogischen Teil ihrer Parteiarbeit ruhig den Jungen unter vierzig Jahren überlassen. Das ist eine höchst zweckentsprechende Arbeitsteilung für eine Partei von Geheimräten und solchen, die es werden wollen.“

Badische Politik.

Politisches aus der Kaserne.

Man schreibt uns: Als am Donnerstag, 29. August, die Referenten des Regiments Nr. 170 in Offenburg von einer Übung heimkamen, wurde im Kasernenhof halt gemacht, die Gewehre zusammengelegt und das Gepäck abgehängt. Dann wurde in allen Stuben Nachforschung nach sozialistischen Schriften gehalten. „Alle Mann an die Schränke!“ Alles wurde durchsucht, sogar die Echnäpfe. Schade, daß noch keine Württembergischen Durchstrahlungsschilde in den Kasernen sind. Unter den etwa 1700 Mann war ein einziger, bei dem man etwas sehr „verächtliches“ entdeckte. Ein Paket Wäsche war in einen alten, kaum mehr leserlichen Boksdruck eingewickelt. Der betreffende Mann hat seine Wäsche bei einer Arbeiterfamilie waschen lassen, die offenbar kein anderes Papier zum Einpacken der Wäsche zur Verfügung

hatte. Der Soldat mußte dieses „Verbrechen“ mit drei Tagen Arrest und sofortiger Verhaftung büßen.

Das Vaterland ist wieder einmal gerettet.

Im Wahlkreis Lörrach-Land

haben die Freisinnigen eine Kommission eingesetzt, welche die Vorbereitungen zur Wahl treffen und mit den anderen Parteien die Unterhandlungen führen soll. Zwischen den Parteileitungen der Freisinnigen und Nationalliberalen haben bereits Besprechungen stattgefunden.

Das Zentrum beabsichtigt, dem Reichsleiter Senger in Herfden die Kandidatur anzutragen; dagegen soll der Kandidat von der Hand auf Kandidaten seines Führers Roger in Lannenfich von der Einstellung einer Kandidatur Abstand genommen haben.

Klagen des badischen Schaffnerpersonals

veröffentlicht die Bad. Beamtenzeitung. Nach einer Verfügung der Generaldirektion sollen die auf die Sonn- und Feiertage entfallenden Rubelbette so eingerichtet werden, daß dem Rubelbette eine Nachtruhe vorhergeht und eine solche nachfolgt. Leider wird die Verfügung nicht von allen Dienststellen eingehalten. Beständig müssen Kämpfe geführt werden, die leider meistens zu Ungunsten der Schaffner ausgehen. Wird ein Schaffner wegen einer ihm rechtmäßig zustehenden Sonntagsruhe bei der zuständigen Dienststelle vorstellt, dann wird er dort mit Nebenarten abgefertigt, wie: „Wir werden sehen, ob es sich machen läßt,“ oder: „Sie können keine Sonntagsruhe bekommen, wir haben keine Leute.“ Ohne Hebertreibung darf behauptet werden, daß auf diese Weise monatlich mindestens 1/2 der badischen Eisenbahnschaffner ohne die ihm zustehende Sonntagsruhe abgefertigt wird.

Auch bei der Urlauberteilung machen sich verabschiedliche Mißstände bemerkbar.

„Wenn man seinen, von der Oberbehörde bewilligt erhaltenen Urlaub — meistens 8 Tage — zu nehmen beabsichtigt, dann getraut man sich dieses kaum vorzutragen, denn man weiß schon im voraus, daß man gewöhnlich barsche Redemendungen zu hören bekommt. Entweder heißt es: „Sie können jetzt keinen Urlaub erhalten, wir haben keine Ersatzleute“, oder: „Was brauchen Sie Urlaub, wir haben auch keinen“, oder: „Nehmen Sie Ihren Urlaub im Winter.“

Nicht selten kommt es vor, daß die Schaffner nur einige Tage von dem ihnen zustehenden Urlaub erhalten. Hier fehlt es eben wie bei der Sonntagsruhe an den nötigen Vorbedingungen zur Durchführung der Vorschriften. Hauptsächlich sorgt die Generaldirektion dafür, daß diese Mißstände bald beseitigt werden. Wenn irgend jemand Anspruch darauf hat, daß ihm Urlaub und geregelte Rubelbette gesichert werden, so gewiß das Hauptpersonal unserer Eisenbahnen.

Steigerung der Lebensmittelpreise.

Aus Größingen wird uns geschrieben: Die abermalige Steigerung der Lebensmittelpreise ist gegenwärtig hier an der Tagesordnung. Wenn die Dreifachste ertönt, so wird den Hausfrauen Angst und Bange, ob nicht wieder eine Preisverhöhung ausgestellt wird. Die „notleidenden“ Metzger (die aber alle ein wohlgenährtes Aussehen haben im Gegensatz zu den unzufriedenen und begehrenden Arbeitern), die mühen sich in der Zeit der niedrigen Viehpreise bekanntlich schadlos halten durch hohe Fleischpreise für Verluste, die sie bei den teuren Viehpreisen erlitten haben wollen. Das hindert sie aber nicht, beim geringsten Anzeichen der Viehpreise die Fleischpreise jeweils wieder zu erhöhen. Nun haben sich auch die Bäcker zusammengefunden, um über ihre „Notlage“ zu beraten. Sie beschließen nicht etwa gemeinsame Einkäufe oder sonstige Verbilligung der Produktion, sondern, was einfacher ist, sie beschließen gemeinsam, die Mehlpreise um 2 Pf. zu erhöhen und das übliche Sonntagsbröckchen in Wegfall kommen zu lassen, nachdem sie früher schon die Mehlp- und Brotpreise erhöht, das Weibnachtsgebäck abgesetzt und das „Widerbuchen“ von 18 auf 12 Stück herabgesetzt haben (nebenbei die einzige „Gehobung“ in letzter Zeit). Auch verschiedene Spezialeier sind wieder im Preis gestiegen, daß aber auch die Marktpreise der Maßnahmenarbeiter, die hier die große Mehrheit bilden, gestiegen wären, davon hat man seit Jahren nichts gehört. Wehalten die Lebensmittelpreise auch fernherin eine steigende Tendenz bei, so wird die hiesige Einwohnerzahl mit Naturnotwendigkeit zur Selbsthilfe gezwungen müssen, indem sie sich genossenschaftlich zusammenschließen.

Deutsche Politik.

Der Stolz des Vaterlandes.

In Wilhelmshaven hielt Wilhelm II. einen Trümpf, den er mit diesen Worten schloß: „Ich weibe dieses Glas meiner Marine, der Hochseeflotte und ihrem erlauchten Chef, dem Stolz des Vaterlandes, der Zierde meines Hauses. Meine Herren, deutsche Marine, die Hochseeflotte und ihr Chef! Hurra!“

Oberster Chef der Marine ist Wilhelm II. selbst. Dieser ist jedoch nicht gemeint, sondern sein Bruder Friedrich. Wie Wilhelm II. das Landheer, wird dieser im Kriegsfall die Flotte kommandieren. Selbstverständlich wird er stetig sein. Daher der Ausdruck: „Stolz des Vaterlandes“.

Ein Enttäuschter im preussischen Wahlrechtskampf.

Der freisinnige Volkspartei, Herr Justizrat Träger, spricht im Hamburger Fremdenblatt seinen Unwillen darüber aus, daß jetzt ohne weiteres von der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen zurückgewichen werden soll. Wenn die Linksliberalen darauf verzichten, weil sie bis auf weiteres nicht durchzugehen sei, dann könnten sie gleich ihr ganzes Programm umarbeiten. Gerade die Forderung des Reichstagswahlrechts sei die wichtigste; hier beanspruche das Volk: Alles oder nichts, volle Geltung. Eine teilweise

Kemderung wäre gefährlicher als der gegenwärtige Zustand. Das die Förderung jetzt fallen soll, lang- und langlos, freiwillig ohne Kampf und Versuch, nur um einen noch etwas mythischen Blod nicht in Verlegenheit und Gefahr zu bringen, vermag Herr Träger nicht zu begreifen. „Es gibt bescheidene Leute“, ruft er zweifelt aus dem Anblick der Leute, die schon als einen Erfolg preisen, daß der Herr Reichsminister überhaupt an eine Reform des preussischen Wahlrechts denkt. . . . Auch gibt es außer den äünftigen Diplomaten noch freiwillige, die geneigt sind, den Spuren der Bedächtigen zu folgen. Dazu gehört das Volk im großen und ganzen nicht.“ Träger ist ein alter Herr. Er hat seine Sehnsucht nach dem Reiten wieder oder dem Geheimat, sondern möchte an seinem Lebensabend gerne noch sehen, daß etwas für das Volk erreicht wird. Anders denkt der junge „hoffnungsvolle“ Nachwuchs.

Dr. Curtius,

der Herausgeber der Hohenloheschen Denkwürdigkeiten, wird, wie unser Stuttgarter Parteiblatt, die Schwab. Tagwacht, meldet, zum 1. Oktober von seinem Amte als Präsident des Direktoriums der Kirche Augsburgischer Konfession in den Reichslanden zurücktreten.

So hat das Festschreiben gegen Curtius nun endlich zum gewünschten Ziele geführt. Man griff zu dem Mittel der gesellschaftlichen Exkommunikation, Selbstverleumdung, als die kaiserliche Luogabe bekannt geworden war. Vorher hatten auch die falscherlichen Ueberpartioten an Herrn Curtius' Mitwirkung bei der Publikation der Denkwürdigkeiten nichts Verdächtigeres entdecken können. Und so ist es gelungen, den Mann müde zu machen. Wilhelm II. triumphiert, Dr. Curtius geht, und das Volk zählt die Pension.

In der wichtigen Frage der geschlechtlichen Aufklärung nimmt die heftigste Regierung einen vernünftigen Standpunkt ein. Das Unterrichtsministerium hat die Direktoren der höheren Lehranstalten angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Schüler vor ihrem Abgange von der Lehranstalt in sexueller Beziehung aufgeklärt werden. Das ist allerdings nur ein Anfang, denn nicht nur die Schölinge der höheren Lehranstalten bedürfen der Aufklärung über das Geschlechtsleben, sondern überhaupt alle jungen Leute.

Husland.

Oesterreich.

Der Kampf um das Landtagswahlrecht wird von unseren österreichischen Genossen in allen Kronländern mit großer Energie aufgenommen. In Wien finden anlässlich der Eröffnung des niederösterreichischen Landtages in diesen Tagen eine große Anzahl Versammlungen statt. Der Parteivorstand der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie Böhmens erläßt gemeinschaftlich mit den böhmischen Abgeordneten einen Aufruf an die Parteigenossen Böhmens, worin zum Kampf für die Demokratisierung des Wahlrechts aufgerufen wird. In der gleichen Weise geht die Landesparteileitung von Steiermark vor. Auch der österreichische Landtag wird dieser Tage eröffnet und die Parteigenossen treten sofort in die Bewegung zur Erlangung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein.

Schweiz.

Die Arbeiterpartei von Zürich hatte am Sonntag einen glücklichen Tag, als die Basler Arbeiterpartei. Sie hat einer fortschrittlichen Gemeindeverwaltung zum Siege verholfen, welche für die städtischen Angestellten und Arbeiter einen großen sozialen Fortschritt bringt. Die neue Zürcher Gemeindeverwaltung bringt denselben den Neunhunderttag und einen Minimallohn von 5 Franken, ein Erfolg, wie er in gleicher Art noch nirgends in der Schweiz zu verzeichnen ist. Und da darf man nicht vergessen, daß die sozialpolitische Arbeiterpartei in Zürich diesen Erfolg aus eigener Kraft errungen gegen einen übermächtigen Gegner, die gesamten bürgerlichen Parteien, auch die christlich-sozialen Arbeiter, haben die Partei für Verwerfung ausgegeben. Man hat es aber auch nicht an gemaltiger Agitation fehlen lassen, nun ist sie ja auch von Erfolg gekrönt worden. Die Zürcher Gemeindeverwaltung wird nicht nur für die privaten Gewerbe in Zürich, sondern auch für alle städtischen Arbeiter der übrigen schweizerischen Städte weitgehend sein und nicht minder auch für die Arbeiter der schweizerischen Bundesbahnen und der kantonalen Verwaltungen, die fast durchweg sehr niedrige Löhne zahlen und noch ziemlich lange Arbeitszeit haben.

In der Stadt St. Gallen haben die Organisationen der städtischen Angestellten und Arbeiter an den Gemeinderat bereits das Ansuchen um Errichtung einer

städtischen Pensionkasse gerichtet und sich auch bereit erklärt, zum Zweck der Schaffung einer solchen Kasse Abzüge am Lohn gefallen zu lassen. Die Stadtverwaltung hat bereits einen Betrag von 25 000 Francs als Fonds für die Altersversicherung der städtischen Arbeiter und Angestellten angelegt, auch in Zürich und Basel soll auf diese Weise für die Arbeiter gesorgt werden, dagegen hört man aus anderen Städten noch nichts von derartigen Maßnahmen.

Hausindustrie und Heimarbeit in Baden.

Aus dem gleichnamigen Werke der bad. Fabrikinspektion. Die Holzschuhmacherei. XXVI.

In den Gemeinden Ku a. Rh., Elchesheim, Iffesheim, Hügelsheim, Otterdors, Wittersdorf, Steinmauern und Wümersheim im Amtsbezirk Rastatt, in Wüchenau, Gombelrieden, Kronau und Obenheim (Amt Bruchsal) und Hinterstraß (A. Freiburg) findet schon seit langer Zeit hausindustrielle Herstellung von Holzschuhen aller Art statt. Diese Tätigkeit wird vorwiegend in den Wintermonaten von bäuerlichen Familien als ein vom Vater auf den Sohn übergehender Nebenberuf betrieben. Die Holzschuhe werden aus Rappell, Weiden- oder Erlenholz hergestellt, nur bei den sogenannten Galoschen besteht der Boden aus Buchenholz. Den meisten Holzschuhmachern fehlt es an Geld zu vortheilhaftem Einkauf von Schuh und Leder. Einzelne geben ihre Schuhe zu jedem Preise ab, wenn sie gerade Geld brauchen. Der Erlös wird eben mit den Einnahmen aus der Landwirtschaft und der Viehzucht zusammengezwungen. Es wurde infolgedessen der Fabrikinspektion recht schwer, über die Entlohnung einigermaßen brauchbare Angaben von den Befragten zu erhalten. Für das Paar Holzschuhe werden 30 bis 70 Pf. bezahlt; ein Paar Holz gibt durchschnittlich 100 Paar Schuhe. Ein Arbeiter stellt in 11 Stunden 8—10 Paar Schuhe her. Zu jedem Paar kostet das Holz im Mittel 12 1/2 Pf., Leder und Fälsch 10 Pf., Nagel und Schwärze 5 Pf. Bei einer Tagesleistung von 9 Paar und einem Durchschnittserlös von 50 Pf. pro Paar ergibt sich eine Tageseinnahme von 4,50 Pf. Die Ausgaben für Material betragen 2,50 Pf., es bleibt also für 11 Stunden ein Verdienst von 1,98 Pf. pro Stunde somit 18 Pf. Die Händler profitieren beim Verkauf mehr, wie die Holzschuhmacher, das alle Gesch. daß der Produzent immer das schlechteste Geschäft macht. Es gibt nämlich Stundenlöhne bis herab zu 7 Pf. Lange Arbeitszeit ist an der Tagesordnung. Fast alle Hausarbeiter in der Holzschuhmacherei sind Bauern und gehen im Sommer ihren Feldarbeiten nach. Zudem beschränkt der hohe Preis des Holzes und des Leders, sowie der Niedrigkeit des Fabrikates den Verdienst so sehr, daß neuerdings die Kinder zum Holzschuhmachen nicht mehr angehalten werden. Neu aufgenommen wird die Produktion nirgends mehr.

Die Schindelmacher.

XXVII.

Mit Schindelmachen befaßt sich im Großherzogtum 140 männliche erwachsene Personen, die in 20 Gemeinden und 65 Gemeinden gestreut sind. Der größte Teil der Schindelmacher ist auf dem hohen Schwarzwald in den Gemeinden Bonndorf (14), Reustadt (8), St. Blasien (25), Kröber (17), Freiburg (11), Waldkirch (22), Staufen (7) und Büllingen (6) ansässig.

Nur in wenigen Fällen ist die Schindelmacherei Hauptberuf und ausschließliche Erwerbsquelle; meist wird sie als Nebenberuf von Landwirten, Landwirtschäftlichen Tagelöhnern und Holzbauern in den Wintermonaten und den kalten Zeiten der Wandwirtschaft betrieben. Während diese Arbeit beim alten Großhandel im Selbstgange zur nützlichen und getriebebenen Beschäftigung.

Gegen früher ist die Schindelmacherei fast durchweg zurückgegangen. Der Grund hierfür liegt namentlich in der geringeren Nachfrage, da auch auf dem Schwarzwald die Bedachung mit feuerfesterem Material allgemeiner wird.

Gestellt werden Dachschindeln zum Abdecken der Häuser, Niegelschindeln als Abdeckung unter die Fugen der mit gewöhnlichen Ziegeln gebauten Häuser und „Brettschindeln“, an einem Ende halbrund bearbeitete Schindeln, die zum Schutz gegen Regen- und Schneetreiben schuppenartig an die Außenseite der Häuser angebracht werden. Alle drei Sorten Schindeln werden in verschiedenen Größen hergestellt. Die Preise für 1000 Stück Dachschindeln schwanken zwischen 10 und 30 Pf.; für Niegelschindeln werden 2,50 bis 3,50 Pf., für Brettschindeln 3,00 bis 5,00 Pf. bezahlt. Das Abschleppen ist meist örtlich beschränkt, die Abnehmer sind Private, Hie und da auch Händler.

Weitaus die Mehrzahl der Schindelmacher erzielt ein jährliches Einkommen von nur 50 bis 60 Pf. Einzelne erreichen allerdings auch bis 800 und 400 Pf. Ein Würzburgermeister aus dem Amtsbezirk Waldbühl äußerte sich auf die Frage nach dem Jahresverdienst der Schindelmacher folgendermaßen: „Das jährliche Einkommen aus der Schindelmacherei kann nicht angegeben werden. Fragt man einen Schindelmacher nach seinem Verdienst, so erfolgt die Antwort, er verdiene gar nichts und mache nur gettweise Schindeln aus Langeweile.“ Das klingt ja allerdings etwas übertrieben, doch scheint tatsächlich die Schindelmacherei im allgemeinen nur noch einen geringen Gewinn abzuwerfen.

Hus der Partei.

Ergingen, 11. Sept. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins wird hiermit bekannt gegeben, daß unsere nächste Versammlung am Sonntag, den 15. September, in der Restauration Wipfel-Frei (Rebengrüner) stattfindet. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet. Die Versammlung beginnt punkt 8 Uhr. Volkserleudner sind eingeladen.

Rebel in Zürich. Besten Samstag war der zürcherischen Arbeiterpartei Gelegenheit geboten, den Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Rebel in eigener Person sprechen zu hören. Diese Gelegenheit wurde denn auch benützt; das über 8000 Personen umfassende „Rebeldrom“ war mehr denn ausverkauft; Hunderte mußten wieder umkehren, die keinen Platz mehr fanden. Die Veranstaltung dürfte ihren Zweck doppelt erreicht haben, denn einmal hat die zürcherische Arbeiterpartei den schlagfertigsten Parlamentarier Deutschlands kennen lernen können und ferner dürfte für die Veranlasser, für die Agitationskommission Zürich III, ein namhafter Betrag abgegangen sein. Genosse Rebel ist zwar in Zürich keine unbekannt Persönlichkeit, bringt er doch jedes Jahr den größten Teil seiner Ferien bei seiner Tochter, die in Zürich verheiratet ist, zu. In der Gesellschaft ist er allerdings stets infognito geblieben, so daß es schon als ein Ereignis betrachtet werden kann, wenn er in Zürich auftritt.

Der Arbeitermännerchor und der Männerchor Eintracht leiteten die Mißenerversammlung mit zwei Vorträgen ein, dann trat, von rauhendem Beifall begrüßt, Genosse Rebel auf, in feurigem, oft von Beifall unterbrochenen Vortrage das Thema behandelnd: Sozialismus, Sozialismus und internationale Lage. Nicht endenwollender Beifall lohnte den begeisternden Redner für seinen glänzenden Vortrag, der mandem Zuhörer ideale Begeisterung brachte und neuen Mut zu neuem Schaffen erweckte.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Gaggenau, 9. Sept. Gewerkschaftskommission. Nach längerer Pause traten am vergangenen Donnerstag die Delegierten der Gewerkschaften und Partei zu einer Sitzung zusammen, die für die heilige Bewegung interessante Beschlüsse zur Folge führte. Durch Um- resp. Neubau der städtischen Restauration vollzogen sich die langversetzte Zentralisation der Gewerkschaften. Bis dahin hatte nur der sozialdemokratische Wahlverein seinen Aufenthalt im obengenannten Lokal, das den klobigen Namen „Mäuerbühl“ führte, aufgeschlagen. Am 1. Oktober werden nun auch die Gewerkschaften ihren Sitz halten. Dem neuen Lokale wird der Name „Volkshalle“ gegeben. Die Besetzung der verschiedenen Versammlungstage erfolgte zur allgemeinen Zufriedenheit, speziell wurde auf das „Frei“ der Samstagabend Versammlungstage festgelegt werden und wäre es wünschenswert, wenn sich die Veranstalter mit den Gewerkschaften vorher ins Benehmen setzen würden. Der Punkt „Arbeiter-Gesundheitsverein“ rief eine ziemlich temperamentvolle Debatte hervor. Es gelang die einzelnen Ausführungen so recht, wie traurig die Verhältnisse am Plage seien, daß es besser wäre, wenn die einzelnen Kollegen statt aberall zu bremsen, etwas mehr Zustimmung leisten würden; denn an seinem Orte tut es mehr nicht als am heftigen aufklärend zu wirken nach allen Seiten, um den Arbeitern über die wachsthaft traurigen Zustände die Augen zu öffnen. Dinein in die Organisation soll die Parole eines jeden Arbeiters sein. Um auch die Presse am Plage mehr zu haben und ihr den Rang zu geben, der ihr gebührt, wurde die Auffstellung eines Korrespondenten für den Volkserleudner beschlossen. Es soll demselben alle Reueit umgehend gemeldet werden, damit die Klagen über den lokalen Teil verstanden und somit auch Abkommen gewonnen werden können. Für die am Sonntag, den 15. d. Mts. stattfindende Eröffnungsfest der „Volkshalle“ soll ein Redner gewonnen werden, um mit dem Angekommenen die Klagen zu verbinden. Die an den Verbandstagen Beteiligten gingen mit dem Gewerkschaften auseinander, daß kein Mittel unversucht bleiben darf, der Bewegung neues Leben zu geben und dadurch zum Erfolg zu gelangen.

Die Kämpfe und Erfolge des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1906.

Die Metallarbeiter-Zeitung bringt eine Uebersicht über die Lohnbewegungen, die der Verband im Jahre 1906 geführt hat. Wir erfahren daraus, daß das Jahr 1906 an Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen der Metallarbeiter alle früheren Jahre weit übertraffen hat. Die Zahl der Bewegungen, die 1904 564 betrug, steigerte sich um 891 (= 69,32 Prozent) auf 955. 1906 war die Zahl der an den Bewegungen Beteiligten 168 110, 1906 stieg sie um 51 974 (= 37,88 Proz.) auf 190 084, darunter 2088 Personen von im Jahre 1905 nicht beteiligten Streiks. Davon kam es bei 265 Bewegungen mit 60 054 Beteiligten zu Arbeitszeinstellungen, wovon allein 26 507 auf Ausperrungen und 12 722 auf Arbeitsverweigerung entfielen. Von den Beteiligten waren insgesamt 189 264 organisiert, davon 117 952 im Metallarbeiterverband. Ohne Arbeitszeinstellung sind 590 Bewegungen = 61,8 Prozent mit 127 947 Beteiligten gleich 68,2 Prozent geführt worden. Die Bewegungen mit Arbeitszeinstellung hatten in 218 Fällen = 66,8 Prozent vollen Erfolg, in 74 Fällen = 19,6 Prozent teilweisen und in 72 Fällen = 19,6 Prozent keinen Erfolg. Von den erreichten Erfolgen ist besonders hervorzuheben: für 78 571 Personen eine Arbeitszeinstellung, für 114 408 Personen eine Lohnerhöhung und für 64 880 Abschluß eines Tarifvertrages. Außerdem wurde für 414 Mitglieder eine Verlängerung der Arbeitszeit und für 2488 Personen eine Verlängerung des Lohnes abgewehrt. Eine ganze Reihe Arbeitskämpfe mußte wegen Tarifvertrages, Maßregelung und sonstiger Verschlechterungen gestoppt werden. Von der Verlängerung der Arbeitszeit entfielen auf jeden Beteiligten 8,9 Stunden. Die Lohnverhöhungen ergeben, auf das Jahr mit 40 Arbeitsstunden berechnet, eine Gesamtsumme von 8 177 040 oder 71,47 Pf. für den einzelnen. Die ganzen Kosten der Lohnbewegungen betragen 8 471 177 Pf., wovon die Hauptlast des Verbandes 2 818 891 und die Lokalkassen 164 786 Pf. aufbrachten.

Bemerkenswert ist, daß auf die Ausperrungen allein 1 798 145 entfielen. Das ist etwas mehr als die Hälfte aller Kosten; ferner, ein wohl zu beachtendes Zeichen der Zeit.

Scharfmacherei überall. In Kürzern geht es kürzlich im Hotel Wiltelshof ein Streik der Hotelbedienten. Ein Hotelgast, angeblich ein hoher Regierungsbeamter aus Wien, war spät in der Nacht schwer angefaßt nach Hause gekommen und hatte im Hotel großen Unmut darüber, indem er beständig auf die Wände schlug, so daß die anderen Gäste in ihrer Nachtruhe gestört wurden. Der Nachtporier verwies ihm sein Gebahren, aber der Regierungsbeamte vom Donaustrand nahm dies gewaltig krumm und schlug ohne weiteres auf den Interponierenden ein, bis diesem die Geschichte zu dumm wurde und er seinem Gegner eine Ohrfeige verfehlte. Von dem Hotelbedienten wurde nicht der ungenogene Gast hinausgeworfen, sondern der Porrier, d. h. er wurde im Interesse der Disziplin sofort entlassen. Die übrigen Hotelbedienten, die organisiert sind, forderten die Arbeitszeinstellung und legten, als dies verweigert wurde, sämtlich die Arbeit nieder. Das Hotel kam dadurch in große Verlegenheit, weil die Hausdiener der übrigen Hotels sich einmühtig weigerten, im Wiltelshof Ausbillsdienste zu leisten. Der Hotelbedienten hat es nun unternommen, einen Verein der Hotelbedienten und Gastwirte zu gründen, der dem „Arbeiterklub“ des Verbandes der Hausdiener entgegenwirken soll. Den Hausdienern soll durch die Hungerperlelle Klar gemacht werden, daß sie still zu halten haben, wenn vornehm Hotelgäste in der Begehrtheit beruhigt werden, sie durchzuführen.

Zur Bekämpfung des Ausstandes in Antwerpen wurde vom Vermittlungsamt ein Vergleichsvorschlag gemacht, der auf folgenden Grundlagen beruht: Erstens der Lohn wird um 50 Centimes erhöht; zweitens die Arbeiter verpflichten sich, vor Ablauf eines Jahres nicht mehr von Lohnverhöhung zu sprechen; drittens für die Arbeiter keinen Lohnzuschlag von 50 Prozent zu verlangen. Die Arbeiter schienen geneigt, auf den Vorschlag einzugehen.

Badische Chronik.

Pforzheim.

10. Sept.

— Pforzheim vor dem Landgericht Karlsruhe. Aus der Weibertribunale in Bruchsal vorgeführt, wo sie zurzeit eine Gefängnisstrafe von 10 Wochen wegen Betrugs und Unterschlagung vertritt, erschien die Ehefrau Marie Schönbörfer geb. Wähl auf Waidstätten in der Anklagebank, um sich wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Unterschlagung zu verantworten.

man sagt, ein Zwitter. Und auch das ist leicht verständlich. Befinden sich die Schmarotzer doch oft allein in ihrem Wirt, wie das z. B. bei dem Bandwurm meist der Fall ist, und da muß das Tier Samen u. Eier zugleich entwickeln, wenn es nicht unfruchtbar sein will. Immerhin kommt es auch vor, daß sich zwei oder mehr Wirtsmütter in einem Wirt verbinden, und noch mehr ist das bei anderen Parasiten der Fall. Damit ist die Möglichkeit zur Selbstbefruchtung gegeben. Das Prototarium ist also bei den Parasiten eingeführt, damit nicht die Tiere, die einzeln einen Wirt bewohnen, zugrunde gehen, ohne für die Erhaltung ihrer Art gesorgt zu haben.

So sind die Parasiten in jeder Beziehung, sowohl im Bau des Körpers und seiner einzelnen Organe, wie auch in den Einrichtungen derselben voll und ganz ihrer sonderbaren Lebensweise angepaßt.

Theater und Musik.

Hoftheater.

Lohengrin von Rich. Wagner.

L. Und auch der Lohengrin, den wir vorgestern in einer so vollendeten Aufführung wie kaum seit 10 Jahren gesehen haben, hat uns sehr gefreut, daß in dem neuen Kapellmeister Dr. Schöber in einem so großen Maße entgegengebracht wird. Dieser Lohengrin hatte Harmonik, das war ohne weiteres zu erkennen, noch mehr, er hatte Geist, Stil und mit derselben Ruhe und Bestimmtheit, wie sie kürzlich im Fidelio gutgeirat, wählte Dr. Schöber aus eine Wagnerpartitur aufzubauen, sie mit einer ganzen Reihe von Ausbesserungen zu beleben, ohne dabei den Zug ins Große aus dem Auge zu verlieren. Zwar nicht Herr Dr. Schöber die Tempel im allgemeinen ziemlich langsam (nach Wagner'scher Art). Sie haben zweifellos vieles für sich. Namentlich bei allen Deklamationen und Deklamationen, bei denen viel Kraft zu fliegen ist. Auch Herr Dr. Schöber ist sich der Vorteile derselben voll und bewusst. Das Werkspiel z. B. kam gerabig bestirkt heraus in dem Ernsten ruhigen Fortschreitens, die Steigerung gegen den Schluss gelang bewundernswert. Bei selbständigen Orchesterstücken, wie z. B. beim Ritornell im 2. Akt, gefiel uns das übermäßig schwebende Zeitmaß indes nicht. Auch die Herrschaften auf der Bühne mit ihrer gewaltigen Schmeichelei vornehmlich fordern bald eher zu Gelingen heraus. Des anderen erfreute uns, daß Dr. Schöber mit Erfolg versucht, die Chöre vom Schreien zu

Die eigenartigen Anpassungen der Parasiten an ihre Lebensweise.

Von R. S. Waage (Friedrichshagen).

(Nachdr. verb.)

Als Parasiten bezeichnet man solche Lebewesen, die bei einem andern lebenden Organismus Nahrung und Wohnung finden. Nach dieser Definition gibt es natürlich auch unter den Pflanzen Parasiten, und zwar sowohl solche, deren Wirt wiederum Pflanzen sind, als auch solche, die in Tieren schmarotzen. Wir wollen uns aber hier nur mit den tierischen Parasiten beschäftigen.

Offenbar ist die parasitische Lebensweise eine sehr seltene. Tief im warmen Innern des Wirtes wohnend, ist der Schmarotzer den Klimaänderungen so gut wie gar nicht ausgesetzt, ferner hat er von direkten Feinden an seinem versteckten Wohnort nichts zu leiden. Endlich schwelgt er in einem Nahrungsüberfluß, der ihn oft sogar in schon verdaulicher Form zugeführt wird. Das ist z. B. bei den Darmwürmern der Fall, die von einem festen Nahrungstrom ausfließen, häufig sogar ihren Darm befeuchten, da die Nahrung vom Wirt direkt durch ihre Körperwand durchströmen und aufgenommen werden kann, ohne erst besondere Veränderungen im Innern der Parasiten durchmachen zu müssen.

So finden wir denn wieder bei den in Säugtieren lebenden Bandwürmern, noch bei den besonders in Fischen und Wasserinsekten vorkommenden Stachelwürmern einen Darm vor, und bei den Bandwürmern ist er wenigstens sehr vereinfacht und entbehrt vor allem der verdauenden Nebendrüsen, als der Leber und der anderen Anhangs. Und ebenso bilden sich die Bewegungsorgane bei den Parasiten zurück und werden durch Haftapparate ersetzt. Bei den äußerlich am Wirt anhängenden Tieren müssen solche Apparate vorhanden sein, da sonst die unlieblichen Gäste leicht abgestreift werden könnten, wenn diese nicht durch die Haarbänder der Wirtes verborgen sind. Und bei den Darmparasiten sind Haamerorgane nötig, weil sie, wenn sie sich nicht festhielten, dem Andrang des Speiseflusses nicht standhalten könnten und so wieder aus dem Körper hinausgebrängt werden würden. Nur die Spul- und anderen Bandwürmer können durch ihre Gestalt allein sich im Darmlumen halten. Denn da sie spitz auslaufen, schlank und rund sind, muß der Speisefluss an ihnen vorbeigleiten, ohne sie mitzureißen.

Denn bedarf der von der Außenwelt abgeschlossene

Parasit keiner Sinnesorgane, und daher sind diese auch bei den meisten nicht vorhanden. Weniger verändert haben sich die Atmungsorgane der Schmarotzer, und daraus erklärt es sich, daß die Parasiten, die aus der Klasse der Nematoden (Krebstiere) stammen, nur an Wasserlebewesen haften, während andererseits die zu den Luftatmenden Insekten und Spinnen gehörenden Parasiten im allgemeinen nur an Landtieren zu finden sind. Die Vorzeichen der Eingeweidewärmer atmeten durch die Haut, und diese Luftaufnahme haben auch ihre Nachkommen beibehalten und können es, weil sie fertig von den sauerstoffhaltigen Eiern ihrer Wirtes unempfindlich werden. Ihrer Atmungsweise ist es auch zuzuschreiben, daß sie sowohl bei Land- wie auch bei Wasserlebewesen vorkommen, und demnach die häufigsten und verbreitetsten aller Parasiten sind. Nebenbei ist der Parasitismus bei manchen Insekten und Spinnen so weit vorgeschritten, daß die Atmungsorgane davon beinahe vollständig sind. So hat z. B. ein in den Nasenlöchern von Hundeln lebender, äußerlich außerordentlich einem Bandwurm ähnlicher Parasit, der aber tatsächlich zu den Spinnen gehört, die den Spinnen eigentümliche Atmungsweise verloren und atmet nach Art der Würmer durch die Haut.

Während wir nun gesehen haben, daß die Natur des Parasitismus eine Vereinfachung vieler Organe mit sich bringt, finden wir andere Organe bei den Schmarotzern um so komplizierter ausgebildet. Es sind das die Geschlechtsorgane. Zunächst ist es den Parasiten leicht möglich, für diese eine große Menge der Nahrung zu verwenden. Fehlen ihm doch so viele Organe, die bei anderen Tieren ein großes Nahrungsquantum beanspruchen. So sehen wir denn auch in der Tat, daß bei den Parasiten die Geschlechtsorgane um so mehr wachsen, je vollkommener ihr Parasitismus wird.

Es ist aber bei den Parasiten nicht nur die Möglichkeit vorhanden, die Fortpflanzungsorgane gewaltig auszubilden, sondern die Notwendigkeit zwingt sie dazu. Denn so leicht es dem Schmarotzer gemacht ist, sich selbst zu erhalten, so schwer muß es ihm fallen, auch die Erhaltung seiner Art sicher zu stellen. Weht der Träger eines Parasiten, besonders eines selbständigen oder innerlichen, zugrunde, so muß meistens auch der Schmarotzer sterben. Deswegen müssen die Eier desselben immer wieder in neue Tiere gebracht werden. In welcher oft recht derwunderlichen Weise das geschieht, das können wir besonders gut am Bandwurm studieren. Die befruchteten Eier des Bandwurms gelangen nämlich aus

dem Darmlumen, worin der Bandwurm lebt, auf die Erde und bleiben hier oft an Pflanzen und anderen geeigneten Dingen haften. Pflanzenfresser, wie die Kinder und Schafe, Allesfresser, wie die Schweine, verzehren sie hier beim Gras und Pressen. Im Magen dieser Tiere entwickeln sich die Eier zu kleinen Zygontenformen, sogenannten Larven, die in die Magenwand der betr. Tiere eindringen und auch in Adern hineingeraten. Durch den Blutstrom werden diese Larven so lange im Körper herumgetragen, bis sie in einem für sie zu engen Blutgefäß hängen bleiben. Hier wachsen sie zu den sogenannten Finnen aus, blasenförmigen Tieren, die nur dadurch aus dem Körper ihres Wirtes befreit werden können, daß ein anderer Geschöpf den Wirt verzehrt. Geschieht dies, so gelangen die Finnen schließlich in den Darm des betr. Fleischfressers, wo sie sich festsetzen und zu Bandwürmern auswachsen.

Diese passive Uebertragung von einem Tiere auf das andere ist bei den meisten Parasiten die einzige Möglichkeit des Fortlebens ihrer Art. Denn nur bei wenigen schlüpft aus dem Ei eine bewegliche Larve aus, meistens müssen die Eier durch Krüften in den Mund eines Wirtes kommen und selbst damit ist noch nicht das Ende der Entwicklung des Parasiten erreicht. Dieser Wirt muß selbst erst wieder von einem anderen Tiere verzehrt werden und mit seinem Fleisch geraten die Larven erst in das Innere des Hauptwirtes, in dem sie geschlechtsreif werden. Der Zufall spielt also in der Artverhaltung der Parasiten eine große Rolle und bei der geringen Aussicht, die das einzelne Ei hat, einmal ein geschlechtsreifes Tier zu werden, verstehen wir, warum die Eier in ungeheurer Anzahl — bis zu 100 Millionen von einem Individuum — herbeigebracht werden.

Die Eier aber, die nach dem Verlassen des Wirtes auf der Erde liegen und meist lange warten müssen, bis sie in den Magen eines Tieres gelangen, bedürfen einer großen Widerstandsfähigkeit. So besitzen sie meistens eine Schale und sind mit viel Dotter ausgerüstet und das erfordert wieder, daß im mütterlichen Körper Organe vorhanden sind, die diese Anforderungen dem austretenden Ei mit auf den Weg geben. Zu den großen Eierfressern gehören sich also Dotterfische und Drüsen zur Schalenbildung und komplizierter so den Geschlechtsapparat ungeheuer.

Endlich finden wir auch sehr häufig in einem Parasiten beide Geschlechter vereinigt, und das Tier ist, wie

Metallarbeiter...
eine Ueberficht...
Freiburg...
Hus dem Reiche...
Eingegangene Bücher und Zeitschriften...
Humoristisches...
Vermischtes...
Letzte Post...
Der bayerische „Fall Schäußel“...
Wasserstand des Rheins...

Die Angeklagte, welche früher bei dem Fabrikanten...
Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

Freiburg, 10. Sept.
Den Genossen von Freiburg zur Mitteilung, daß in...

gestrich auf Antrag der Staatsanwaltschaft in München...

Freiburg, 10. Sept. In Arnsdorf (Riesengebirge)...

Aus der Residenz.

Karlruhe, 11. Sept.
Heute Abend Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins...

gestrich auf Antrag der Staatsanwaltschaft in München...

